

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 305

Einwohnerratssitzung vom Montag, 21. Januar 2002, 19.00 Uhr
in der Aula Fröschmatt II

Anwesend	37 Einwohnerrats-Mitglieder 6 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	GR Felix Knöpfel, Priska Forter, Heinz Mattmüller, Nelly Metzger
Vorsitz	Maya Wittwer Präsidentin
Protokoll	Bruno Helfenberger
Weibeldienst	Hansueli Schwob

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1. Ersatzwahl in die Kindergartenkommission	1)2178
2. Ersatzwahl in das Wahlbüro	2)2179
3. Ersatzwahl 2. Vizepräsident/in in das Büro des Einwohnerrates	3)2180
4. Quartierplan MFH Jörinpark / 1. Lesung	2171
5. Interpellation von Petra Ramseier, Stephan Ackermann und Philipp Schoch betreffend „Planung Pratteln Nord sistiert“ / schriftliche Antwort des Gemeinderates	2148
6. Interpellation von Heinz Schiltknecht betreffend Steuern der juristischen Personen	2142
7. Interpellation von Dieter Stohler betreffend Reglement über die Globalbudgetierung	2150
8. Motion von Elisabeth Merz Silva betreffend Reglement für Abstimmungserläuterungen bei kommunalen Abstimmungen	2133
9. Legislaturprogramm 2000 – 2004	2177
10. Bericht der GPK zum Amtsbericht 2000	2181
11. Interpellation Walter Biegger betreffend Parkplatzbewirtschaftung	2167
12. Antrag von Stephan Ackermann und Urs Hess für die Bildung einer Spe	2175

zialkommission „Wirtschaftliche Entwicklung“

13. Fragestunde (nach der Pause)

- 1) ohne Akten, Ersatzwahl für die zurückgetretene Frau Elisabeth Oberer-Kroepfli
- 2) ohne Akten, Ersatzwahl für die zurückgetretene Frau Doris Gerber-Gisin
- 3) ohne Akten, Ersatzwahl für den zurückgetretenen Herr Thomas Berger

Neue persönliche Vorstösse:

- Interpellation von Heinz Schiltknecht betreffend „IKEA“
-

Mitteilungen:

Ihre Rücktritte aus dem Einwohnerrat haben bekannt gegeben:

- Elisabeth Maurer (FDP) per 31. Januar 2002
- Helmut Ruch (CVP/EVP) per 28. Februar 2002
- Dieter Eglin (SVP) per 31. März 2002

Die Einwohnerratspräsidentin Maya Wittwer begrüsst die beiden neuen Ratsmitglieder Frau Nadia Maurer (Unabhängige/Grüne) und Werner Graber (SP)

Geschäft Nr. 2178 Ersatzwahl in die Kindergartenkommission

In stiller Wahl wurde in die Kindergartenkommission für den Rest der Amtsperiode gewählt:

://: Ruth Berchten-Odermatt

Geschäft Nr. 2179 Ersatzwahl in das Wahlbüro

In stiller Wahl wurde in das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode gewählt:

://: Elisabeth Löw-Suter

Geschäft Nr. 2180 Ersatzwahl 2. Vizepräsident/in in das Büro des Einwohnerrates

Rös Graf: Thomas Berger ist aus familiären Gründen überraschend per Ende Jahr aus dem Rat zurückgetreten. Die SP-Fraktion schlägt Ihnen Aldo Pavan als zweiten Vizepräsidenten vor und wir empfehlen ihn zur Wahl. Seit über 20 Jahren lebt Aldo Pavan mit seiner Familie in Pratteln und 1996 ist er in den Einwohnerrat gewählt

worden. In der Zwischenzeit hat er in zwei Spezialkommissionen (Gemeindeordnung und Verwaltungs- und Organisationsreglement) mitgearbeitet und ist Mitglied der GPK. Er kennt sowohl den Rats- als auch den Kommissionsbetrieb sehr gut. Aldo Pavan vertritt seine Meinung konsequent und hat, wie alle hier im Rat, natürlich seine „Ecken und Kanten“. Aldo Pavan versteht es, zuzuhören und seinen Beitrag für Lösungsfindungen zu leisten. Dies hat er auch ausserhalb der Politik bewiesen und zwar beim Männerturnverein in der AS Pratteln. Sie wissen, dass es nicht ganz einfach ist, einen „solchen Männerclub“ zu organisieren und zu führen. Genau so souverän, wie er den Turnverein leitet, so wird er auch diesen Ratsbetrieb leiten.

Bei einem absoluten Mehr von 17 Stimmen wurde mit 25 Stimmen als **zweiter Vizepräsident** für das Amtsjahr bis 30. Juni 2002 gewählt:

://: Aldo Pavan (SP)

Geschäft Nr. 2171 Quartierplan „MFH Jörinpark“ 1. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 30. Oktober 2001

GP Willy Schneider: Sie haben sich sicher gefragt, warum es für diese zwei Mehrfamilienhäuser ein Quartierplanverfahren braucht. Es gibt zwei Gründe dafür. Diese Parzelle befindet sich im Teilzonenplan Zentrum, welcher erlaubt, dass man einen Nutzungsbonus erhält, der nach Parzellenfläche variieren kann. In diesem Fall haben wir eine Regelnutzung von 75 Prozent und für eine Fläche von 2814 m² einen Bonus von 17,25 Prozent. Ein weiterer Grund ist, dass es für die Erstellung von Attikawohnungen gemäss den Vorschriften im Teilzonenplan Zentrum einen Quartierplan braucht. Es handelt sich um eine wichtige Überbauung, welche guten Wohnraum im Zentrum des Dorfes schafft. Ich bitte Sie, auf das Geschäft einzutreten und das Reglement zu lesen.

Eintreten und Direktberatung sind unbestritten.

Detailberatung 1. Lesung

6.2

Dora Ris: Warum sind nur 23 Parkplätze für die ganze Überbauung mit 19 Wohnungen und 6 Parkplätze im Freien vorgesehen. Gibt es nicht die Möglichkeit, mehr Parkplätze zu schaffen, zumal wir im Dorf immer zu wenig Parkplätze haben ?

GP Willy Schneider: Diese Berechnung ist gemäss den Kantonalen Vorschriften „Parkplatzberechnung für Wohnbauten“ gemacht worden und ergäbe 25 Pflicht-Parkplätze. Sie sehen aber, dass vier Parkplätze mehr erstellt werden, als in den Vorschriften vorgesehen sind.

Monika Zimmermann: Die FDP stellt den Antrag, auf eine zweite Lesung zu verzichten.

Abstimmungen

Der Rat beschliesst mit 33 : 4 Stimmen:

././ Es wird auf eine zweite Lesung verzichtet.

Der Rat beschliesst einstimmig:

- ././
1. Der Einwohnerrat stimmt den Quartierplanvorschriften „MFH Jörinpark“ zu.
 2. Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat mit der Weiterführung des Verfahrens gemäss § 31 Raumplanungs- und Baugesetz des Kantons Basel-Landschaft.

Geschäft Nr. 2148 **Interpellation von Petra Ramseier,
Stephan Ackermann und Philipp
Schoch betreffend „Planung Pratteln
Nord sistiert“**

Aktenhinweis

- Dringliche Interpellation von Petra Ramseier, Stephan Ackermann und Philipp Schoch betreffend „Planung Pratteln Nord sistiert“ vom 19. Juni 2001
- Schriftliche Antwort des Gemeinderates vom 14. August 2001

Der Rat beschliesst einstimmig Diskussion.

Petra Ramseier: Ich danke für die Antwort, bin aber nicht ganz einverstanden und möchte deshalb noch ein paar Anmerkungen machen. Mit der Gewährung des Planungskredits hat der Gemeinderat nicht nur eine Ermächtigung zur Durchführung der Planung Nord erhalten, sondern auch die Verpflichtung, diese Planung zu erarbeiten und zu präsentieren. Der Gemeinderat hätte bezüglich der Sistierung mindestens den Einwohnerrat anfragen sollen. Zur Frage zwei. Mit der Sistierung der Planung Nord hat uns der Gemeinderat mehr als nur eine Teilrichtplanung oder ein Entwicklungskonzept vorenthalten. Auch hat keine Grundsatzdiskussion stattgefunden. Diese Grundsatzdiskussion wäre auch für eine Entscheidungsfindung sehr wichtig gewesen, da weder im Einwohnerrat noch im Gemeinderat die geringste Einigkeit herrscht, wohin die zukünftige Entwicklung von Pratteln hingehen soll. Die Planung „Pratteln Nord“ steht nicht im Gegensatz zum „Erlebnisraum Augst/Pratteln“. Sie hätte dem Gemeinderat eine Grundlage gegeben, die Vision des Kantons an unserer eigenen Vision zu reflektieren. Durch die Sistierung ist ein Vakuum entstanden und wenn ich an andere Planungen wie Rüti 5 oder Geisseler denke, laufen diese nach dem „Schema F“ weiter und nicht aufgrund der Planung „Pratteln Nord“, weil diese eben nicht öffentlich zugänglich ist. Ich hoffe, dass sich der Gemeinderat in der Zwischenzeit konkretere Gedanken in Bezug auf den Erlebnisraum Augst/Pratteln gemacht hat. In der Antwort steht nichts konkretes darüber.

GP Willy Schneider: Die Antwort datiert vom 14. August 2001. Der Gemeinderat ist am Dienstag, 15. Januar 2002, von Frau Regierungsrätin Schneider und von verschiedenen Mitgliedern der Bau- und Umweltschutzdirektion über die Absichten des Kantons informiert worden. Die Bevölkerung ist mittels Medienorientierung am Freitag informiert worden. Wir tasten uns langsam an die Aufgabe heran und ich habe

anlässlich der Orientierung gefragt, wann die Gemeinde in das Projekt mit einbezogen wird. Der Kanton hofft, dass die verschiedenen Kommissionen wie Projektlenkung (mit Gemeindepräsident), Projektleitung (mit Abteilungsleiter Bau) und Projektbegleitungskommission (mit Vertreter Einwohnerrat, Bevölkerung und Institutionen) Anfangs April nominiert werden. Erst ab diesem Zeitpunkt ist eine effektive Mitarbeit möglich. Die Planung Pratteln Nord ist selbstverständlich nur in diesem Gebiet sistiert und wir hoffen, dass man in zwei Jahren soweit ist, dass man den gleichen Planungsstand wie heute wieder erreicht hat. Wir wissen vom Kanton, dass dieser ab April über das Gebiet eine Planungszone legen will. Sollten sich Vorhaben ergeben, welche bezüglich den Ideen des Kantons absolut planungskonform sind, dann können diese selbstverständlich auch von Seiten des Kantons bewilligt werden. Die Vorlage für das Planungskonzept des „Restgebietes Pratteln Nord“ soll noch in diesem Frühjahr vor den Einwohnerrat kommen. Dann kann diese Grundsatzdiskussion stattfinden.

Alexander Martin: Ich möchte insbesondere im Namen der Bevölkerung des Längiquartiers appellieren, dass sich die Gemeinde rechtzeitig in die Projektplanung involviert, und dass man dafür sorgt, dass die vom Kanton geplanten Ideen auch offen dargelegt werden, damit eine frühzeitige Diskussion stattfinden kann. Wir haben unsere Hoffnungen in Bezug auf die Planung Pratteln Nord, aber als „gebrannte Kinder“ in diesem Gebiet auch unsere Befürchtungen.

GP Willy Schneider: Wir haben mit Frau Regierungsrätin Schneider bereits vereinbart, eine öffentliche Orientierung durchzuführen. Wenn nichts mehr dazwischen kommt, findet die Orientierung am Montag, 6. Mai 2002 im Kultur- und Sportzentrum statt. Ich habe mit dem Gemeindepräsidenten von Augst gesprochen und selbstverständlich wird auch die Bevölkerung von Augst an diesen Anlass eingeladen. Bis zum 6. Mai sollten auch mehr Informationen vorliegen, als dies in der Pressemitteilung gelesen werden konnte.

Geschäft Nr. 2142 Interpellation von Heinz Schiltknecht betreffend Steuern der juristischen Personen

Aktenhinweis

- Interpellation von Heinz Schiltknecht betreffend Steuern der juristischen Personen vom 21. Mai 2001.

GR Max Hippenmeyer: Grundsätzliches: Die Wirtschaftsstrukturen unterlagen in den letzten Jahren einem steten Wandel. Verschiedene Unternehmen haben in dieser Zeit ihre Struktur geändert, haben fusioniert oder teilten sich in mehrere Unternehmen auf und lagerten Aktivitäten in bestehende oder neue Firmen aus. Die Gemeinde führt bis heute noch keine Firmendatenbank. Somit ist eine Aussage, welche Unternehmen sich tatsächlich neu niedergelassen haben und damit in die Beantwortung der Interpellation einzubeziehen sind, schwierig. Verbesserungen in diesem Bereich sind jedoch geplant. Im Übrigen unterliegen Daten und Angaben, die eine Aussage über eine einzelne Firma ermöglichen, dem Steuergeheimnis.

1. Wie viele Betriebe (juristische Personen) haben sich seit 1995 in Pratteln niedergelassen ?

Gemäss statistischen Unterlagen sind seit dem 1. Januar 1995 in Pratteln gesamthaft etwas mehr als 300 Betriebe in die Steuerpflicht aufgenommen worden, wobei

zu beachten ist, dass im gleichen Zeitraum auch über 200 Firmen aus der Steuerpflicht entlassen wurden, darunter leider einige namhafte Steuerzahler. Für den Nettozuwachs von 100 Firmen gelten die eingangs erwähnten Bemerkungen bezüglich Abspaltung und Auslagerung, d.h. Strukturbereinigungen. Abspaltungen von Betriebsteilen in eine oder mehrere Firmen erhöhen zwar zahlenmässig die steuerpflichtigen juristischen Personen, das Steuersubstrat bleibt sich jedoch gleich oder sinkt sogar. Erfolgen gar Auslagerungen in nicht in Pratteln domizilierte Firmen sinkt das Steuersubstrat für Pratteln.

2. Wie viel Steuern bezahlten diese Betriebe im Jahre 2000 ?

Diese Betriebe lieferten im Jahre 2000 (die Zahlen für 2001 sind noch nicht bekannt) rund 1.2 Millionen an Steuereinnahmen ab. Dabei ist zu beachten, dass ein erheblicher Teil der Steuern nicht von neuen, sondern von Unternehmen abgeliefert wurden, die in die Kategorie neu strukturiert fallen. Einige grössere Betriebe sind in diesem Betrag darum noch nicht oder nur teilweise erfasst, weil sie sich erst im Laufe von 2000 hier niedergelassen haben. Aus diesem Grund und unter Berücksichtigung, dass neue Firmen in den ersten Jahren wenig Steuern abliefern, dürfen wir in den nächsten Jahren durchaus mit steigenden Steuereinnahmen rechnen. Das relativiert die aus heutiger Sicht noch richtige Aussage des Interpellanten, wonach die Steuereinnahmen juristischer Personen in den letzten Jahren relativ konstant waren. Wesentlich ist für mich auch, das bestehende Steuersubstrat zu pflegen und für günstige Rahmenbedingungen zu sorgen, um so auch in Zukunft steuerzahlende Unternehmen neu anzusiedeln respektive in Pratteln halten zu können. Ich denke da zum Beispiel an das vom Interpellanten bekämpfte Projekt Raurica Nova.

3. Wie viel Geld wurde in dieser Zeit von der Gemeinde für Infrastruktur (Strassen etc.) für diese Betriebe ausgegeben ?

Die Gemeinde hat eine Erschliessungspflicht. Erschliessungsprojekte werden nicht spezifisch für einzelne Unternehmen realisiert, sondern kommen grundsätzlich dem ganzen Gemeinwesen zu gute. Sie schaffen einerseits die notwendigen Voraussetzungen für die Ansiedlung von neuen Unternehmen und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, tragen andererseits dazu bei, sinnvoll die Wohn- und Arbeitsbereiche zu trennen. Das hat auch eine zur Steigerung der Wohnqualität zur Folge, und das kann dazu beitragen, dass sich auch die in den neuen Firmen tätigen Personen mit ihren Familien in Pratteln ansiedeln und Steuern bezahlen.

Die Bemerkung des Interpellanten, dass Pratteln willfährig alles zur Verfügung stelle, ist seine subjektive Wertung, die mit dem Hinweis auf die erwähnte Erschliessungspflicht nicht weiter diskutiert werden muss.

Heinz Schiltknecht wünscht keine Diskussion.

Geschäft Nr. 2150

Interpellation von Dieter Stohler betreffend Reglement über die Globalbudgetierung

Aktenhinweis

- Interpellation von Dieter Stohler betreffend Reglement über die Globalbudgetierung vom 25. Juni 2001

GR Max Hippenmeyer: 1. Trifft es zu, dass der Gemeinderat noch keinen (Zwischen-)Bericht über die Bearbeitung des Reglementes über die Globalbudgetierung abgegeben hat, obwohl bereits mehr als 1 Jahr verstrichen ist ?

Nein. Siehe Amtsbericht 2000 Seite 10: „Diese drei materiell zusammenhängenden Vorstösse befinden sich in Bearbeitung“.

2. Welches sind die Gründe für die Verzögerung ?

Bereits mit der Teilreorganisation (Schaffung der Abteilung Öffentliche Sicherheit) wurde dem Einwohnerrat kommuniziert, dass die Absicht besteht, in diesem Bereich zukünftig mit Globalbudget und Leistungsauftrag zu arbeiten. Infolge des personellen Wechsels an der Spitze des Finanzdepartements und vor allem wegen fehlender personeller Ressourcen konnte das Thema nur in Ansätzen bearbeitet werden. Es erscheint mir auch wenig sinnvoll, die Erarbeitung eines entsprechenden Reglements auszulagern. Dazu haben wir nämlich die erforderlichen Mittel nicht.

3. Wie sieht das geplante weitere Vorgehen aus ?

Ziel ist es, im Verlauf des Jahres 2002 dem Einwohnerrat einen entsprechenden Reglemententwurf vorzulegen und danach mit einigen Pilotbetrieben die ersten Gehversuche in diesem Bereich zu unternehmen. Gleichzeitig muss verwaltungsintern und auch bei den Politikern der Boden für die Einführung vorbereitet werden. Der Einwohnerrat muss sich bewusst sein, dass die Einführung von Globalbudgets zusammen mit Leistungsaufträgen mit Kosten verbunden ist, und dass gewisse Bestimmungen in der GO und im VOR den Grundsätzen der wirkungsorientierten Verwaltungsführung widersprechen. Ich denke dabei an die Stellenplanhoheit oder die Zusammenarbeit RPK – GPK in Zusammenhang mit dem Leistungsauftrag. Das ist zur Zeit nicht möglich.

Dieter Stohler wünscht keine Diskussion.

Geschäft Nr. 2133

Motion von Elisabeth Merz Silva betreffend Reglement für Abstimmungserläuterungen bei kommunalen Abstimmungen

Aktenhinweis

- Motion von Elisabeth Merz Silva betreffend Reglement für Abstimmungserläuterungen bei kommunalen Abstimmungen vom 26. März 2001

GP Willy Schneider: Mit ihrer Motion verlangt Elisabeth Merz Silva den Erlass eines Reglementes über Abstimmungserläuterungen bei kommunalen Abstimmungen. Sie begründet dies damit, dass es bei kommunalen Abstimmungen schon öfters zu Unklarheiten gekommen ist, insbesondere was die Stellungnahmen von Initiantinnen, Initianten oder Referentinnen und Referenten betreffe. Massgebend für die Abfassung von Abstimmungserläuterungen sind das Gesetz über die politischen Rechte (GüPR) und die Verordnung zu diesem Gesetz. Diese Bestimmungen gelten für alle den Stimmberechtigten an der Urne zustehenden Abstimmungen und Wahlen des Kantons und der Gemeinde. Für die Stellungnahmen der Initiantinnen und Initianten bzw. Referentinnen und Referenten gelten die Vorschriften in Paragraph 19 des Gesetzes und Paragraph 13 der Verordnung.

Der Gemeinderat ist sich der Brisanz von Abstimmungserläuterungen bewusst und daher sehr darauf bedacht, Erläuterungen zu verfassen, die dem Gesetz über die politischen Rechte und der Verordnung in allen Punkten standhalten. Zu einer verwaltungsinternen Unklarheit in Bezug auf die Stellungnahme von Initiantinnen und Initianten und Referentinnen und Referenten ist es wegen einer Gesetzeslücke lediglich bei der letzten Volksabstimmung über den BSP Münchacker gekommen: Das Recht zur Stellungnahme von Referendumkomitees besteht nach dem Gesetz über die politischen Rechte nur beim fakultativen Referendum. In Bezug auf das Behör

denreferendum sagt das Gesetz über die politischen Rechte nichts aus. Diese Unklarheit wurde aber rechtzeitig erkannt und mit einer juristischen Abklärung beim Kanton konnte Klarheit verschafft werden. Die Lösung war die Bildung eines „supponierten“ Referendumkomitees mit Einwohnerrats-Mitgliedern, die das Referendum unterschriftlich verlangt haben.

1995 musste der bereits angesetzte Urnengang „Waldbaulinie Rütsheten“ widerrufen bzw. verschoben werden, weil versehentlich die Stellungnahme des Referendumkomitees nicht eingeholt wurde. Es handelte sich damals um die erste Referendumsabstimmung in Pratteln relativ kurz nach Einführung dieser neuen Gesetzesbestimmung. Bei den Unklarheiten in der jüngeren Vergangenheit (Schulpflegewahlen, fehlender Vermerk „bisher“ und BSP Münchacker, Planlegende) handelt es sich um Fehler, die wohl auch bei Bestehen eines Reglements passiert wären. Der Gemeinderat hat sich die Reglemente der Gemeinden Birsfelden und Reinach beschafft. Sie sind praktisch identisch und beinhalten eine sinngemässe Wiedergabe der vorerwähnten kantonalen Vorschriften. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass es keiner zusätzlichen Reglementierung auf Gemeindeebene bedarf und empfiehlt dem Einwohnerrat, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Stephan Ackermann: Ich bedanke mich für die Ausführungen des Gemeindepräsidenten. Es fliessen hier verschiedene Gesetze ineinander und es ist nicht so einfach zu verstehen. Deshalb bin ich der Meinung, dass ein solches Reglement die Sache vereinfachen kann und klar auf einen Punkt bringt. Fehler, wie sie in der Vergangenheit passiert sind, wären dann eher ausgeschlossen. Wir halten an der Motion fest und bitten Sie, diese erheblich zu erklären, damit auch Pratteln ein solches Reglement erhält.

Siegfried Siegrist: Die FDP-Fraktion bittet Sie, die Motion nicht erheblich zu erklären. Auch nicht als Postulat, falls ein solcher Antrag gestellt würde. Wir haben genügend Reglemente. Die jeweiligen Erläuterungen sind individuell und können sicher nicht in einem Reglement abgehandelt werden. Die vorhandenen Verordnungen sind genügend klar abgefasst. Wir können nicht für alles ein Reglement verfassen, denn dies hätte eine riesige Papierflut zur Folge.

Dieter Eglin: Ich beantrage im Namen der SVP-Fraktion, die Motion für nicht erheblich zu erklären. Der Rahmen wird durch Gesetz und Verordnung vorgegeben. Ich bin der Meinung, dass diese Materie einer Reglementierung gar nicht zugänglich ist. Das beste und umfassendste Reglement kann niemals auf alle Streitfragen eine Antwort geben, welche sich in der Praxis ergeben. Es ist sinnlos, etwas auszuarbeiten, das alle Zweifelsfragen beseitigen kann. Als Beispiel möchte ich nur die fristlose Kündigung im Arbeitsvertragsrecht erwähnen.

Christine von Arx: Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, die Motion erheblich zu erklären. Es gibt zum Beispiel Fragen bei der Bildung eines Referendumkomitees. Das ist auch kantonal nicht geregelt. Damit wir eine gewisse Rechtssicherheit erhalten, ist es nötig, dass wir das regeln. In einigen Jahren sind andere Leute hier und es werden sich in Bezug auf das Behördenreferendum wieder Fragen stellen.

Rudolf Meury: Wir sind gegen diese Motion. Man kann nicht alles reglementieren und ich bin der Meinung, dass für jedes neue Reglement, zwei Reglemente abgeschafft werden sollten.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 20 : 13 Stimmen und 4 Enthaltungen:

././ Die Motion wird nicht erheblich erklärt.

Geschäft Nr. 2177 Legislaturprogramm 2000 - 2004

Aktenhinweis

- Legislaturprogramm des Gemeinderates vom 8. Januar 2002

ER-Präsidentin Maya Wittwer: Ich schlage vor, dass das Legislaturprogramm im Rat diskutiert werden soll. Ich bitte Sie zu beachten, dass der Rat keine Beschlüsse fassen kann, sondern das Legislaturprogramm lediglich zur Kenntnis nehmen kann.

Walter Biegger: „Freude herrscht“. Ich möchte damit persönlich und im Namen unserer Fraktion der Freude über das vorliegende Papier Ausdruck verleihen. Das vorliegende Legislaturprogramm entspricht der damaligen Forderung der GPK. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben sehr gute Arbeit geleistet. Wir begrüßen die Absicht, den gemeinderätlichen Rechenschaftsbericht und weitere Planungsmittel zu systematisieren und materiell und formell zu harmonisieren. Wir sind uns bewusst, dass das Legislaturprogramm eine Absichtserklärung ist und wohl kaum voll umgesetzt werden kann. Dennoch halten wir es für nützlich und notwendig, gewisse Absichten zu verfolgen und Ziele konsequent anzustreben, ohne sich im Strudel des Alltagsgeschäfts zu verlieren. Selbstverständlich haben auch wir das Gefühl, dass teilweise all zu hehre Ziele verfolgt werden und setzen gewisse Fragezeichen. Zum Beispiel in der Bildungspolitik mit der beabsichtigten Begabungsförderung, der Verkehrspolitik mit dem zeitgerechten Ausbau des öffentlichen Verkehrs und bei der Raumplanung, wo die Gefahr besteht, dass wir mit der Planung der realen Entwicklung immer ein paar Schritte hinterherhinken. Bezüglich der Standortgunst der Gemeinde Pratteln erlauben wir uns die Frage, ob unsere Lage nicht auch einmal ein Nachteil bedeutet.

Rös Graf: Der erste Ansatz ist gut und informativ. Danke an den Gemeinderat. Das Legislaturprogramm ist neu in die Gemeindeordnung aufgenommen worden. Da sich auch der Gemeinderat neu zusammensetzt und sich in die verschiedenen Bereiche einarbeiten musste, haben wir für die verspätete Vorlage Verständnis. Die SP-Fraktion hat einige Fragen zu den verschiedenen Abschnitten.

Seite 3 (Verkehrspolitik): Da ist erfreulicherweise das Bekenntnis zum öffentlichen Verkehr zu lesen. Der Gemeinderat sagt aus, dass er für geeignete Massnahmen sorgen wird, damit Wohnquartiere und der Dorfkern vom Fremd- und Durchgangsverkehr freigehalten werden. Wo bleiben aber die Aussagen zum Tempo 30 und Wohnstrassen ?

Seite 5 (Kultur und Sport): Was ist mit der Aussage gemeint „Kulturpolitisch von besonderer Bedeutung wird die Erarbeitung eines neuen Kulturleitbildes sein“ ? Weiter wird von einem professionellen und vielfältigem Kulturangebot gesprochen. Ist das nicht etwas zu hoch für Pratteln ?

Seite 6 (Legislaturziele): Die Auflistung ist sehr gut gegliedert. Mir fällt die Aussage auf „Schuldenabbau ist wichtiger als Steuersenkungen“. Ich habe allerdings nichts gefunden, wie das Gesagte umgesetzt werden soll. Bei den Legislaturzilen fehlt aber eindeutig das Kapitel „Integrationsziele“ und die entsprechenden Aussagen dazu. Wir haben in Pratteln Menschen aus 72 Nationen mit den unterschiedlichsten Niederlassungskategorien.

Seite 8 (Tagesschulangebot auf Primarstufe): Ich finde die formulierten Ziele sehr gut. Es fehlt aber eine Aussage über die Blockzeiten. Ich nehme daher an, dass die Blockzeiten in Pratteln bestens eingeführt sind und erwarte eine entsprechende Antwort.

Seite 16 (Kulturelle Ziele): Mir ist nicht klar, was mit der Errichtung eines Musikpavillons oder Freilichtbühne gemeint ist. Was stecken hier für Ideen dahinter ?

Seite 17 (Punkt 8.2): Mit der Sanierung der Sportanlagen in den Sandgruben besteht ein gutes Angebot an Sportmöglichkeiten. Die Sandgrube ist jedoch weit vom Dorfzentrum entfernt. Wo gibt es im Zentrum einen Rasenfußballplatz ? Ein solcher Platz wäre echt nötig im Dorf.

Meine letzte Frage: Was ist beim alten Friedhof geplant ?

ER-Präsidentin Maya Wittwer schlägt vor, dass alle Fragen gesammelt werden und am Schluss vom Gemeinderat beantwortet werden.

Philipp Schoch: Ich bedanke mich beim Gemeinderat für das Legislaturprogramm, welches dazu beiträgt, dass alles besser überblickbar ist. Dies gilt für den Einwohnerrat, den Gemeinderat, die Verwaltung und natürlich auch für die Bevölkerung. Ich bedaure aber, dass dies so lange gedauert hat. Auch wir haben noch ein paar Fragezeichen dazu und wir werden das Legislaturprogramm kritisch begleiten. Bei der Sicherheitspolitik wird erwähnt, dass gezielte Massnahmen bei der Gewaltprävention vorgesehen sind. Wenn wir im Sommer über die offene Jugendarbeit diskutieren, werde ich darauf zurückkommen. Bezüglich der Teilprivatisierung der öffentlichen Regiebetriebe GGA, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung wird von einer vorsichtigen Liberalisierung und einem moderaten Vorgehen gesprochen. Das muss „fett gedruckt“ werden, ansonsten kommt das nicht gut heraus. Der Abschnitt Kultur und Sport auf Seite 5 ist ein „Gummiartikel“, an welchem noch „geschliffen“ und der realistischer formuliert werden muss.

Kurt Lanz: Grundsätzlich finde ich das Legislaturprogramm gut, weil es die Ziele des Gemeinderates aufzeigt. Meine Frage lautet: Wie stark steht der gesamte Gemeinderat hinter diesem Programm und wie gross ist der Einfluss des/der zuständigen Departementchefs -chefin auf die einzelnen nach Departement gegliederten Punkte ? Kann ich mich darauf verlassen, dass der Gesamtgemeinderat dahinter steht ?

Heinz Schiltknecht: Nach den vielen Lobliedern möchte ich das Gegenteil sagen. Erstens: Das Programm ist viel zu lang, denn bekanntlich werden Ziele kurz und prägnant formuliert und nicht auf 30 Seiten. Zweitens: Mir fehlt im Programm der sogenannte „call for action“. Was wird konkret vom Gemeinderat unternommen ? Ich habe schon mehrmals klar und deutlich gesagt, dass es nicht ein guter Moment ist, die Ziele bezüglich einer Teilprivatisierung bekannt zu geben. Dann habe ich eine ganz konkrete Frage an Max Hippenmeyer. Wieso kommt man auf die absurde Idee, 50 Prozent des Vermögens als Ziel für die Schuldenreduktion anzunehmen ? Das Ziel muss Null sein. Die Gemeinde Pratteln hat vor etwa zehn Jahren Null Franken Schulden gehabt. Jeder Franken für Schuldzinsen ist eine unnütze Ausgabe. Bezüglich der Globalbudgets auf kommunaler Ebene werden in den meisten (Zürcher)-Zeitungen schlechte Noten gegeben. Es ergeben sich nämlich gewisse Probleme bei den Leistungsvereinbarungen, der Überwachung und bei der Kontrolle. Der zentrale und wichtigste Punkt beim Globalbudget ist die Leistungsvereinbarung. Und dieser Punkt ist im Programm schlicht und einfach vergessen worden. Bezüglich der geplanten Veränderungen beim Amtsbericht fordern wir, dass wir auch in Zukunft mit den Daten und dem statistischen Material bedient werden. Die Statistiken in der jetzigen Form sind wichtig und machen den Amtsbericht zu einem wertvollen Statistischen Jahrbuch. Bezüglich Punkt 9.3 (Vermehrte polizeiliche Präsenz in der Öffentlichkeit) möchte ich eine private Aussage machen, die nichts mit

unserer Fraktion zu tun hat. Ich sage schon lange, dass vor der Migros trotz Parkverbot dauernd parkiert wird.

Dieter Stohler: Als Kontrapunkt zu den Aussagen von Heinz Schiltknecht möchte ich betonen, dass bezüglich Ziffer 5.3 der Gemeinderat klar und „fett gedruckt“ schreibt: „kein Globalbudget ohne Leistungsvereinbarung“. Es ist völlig klar und selbstverständlich, dass zur Umsetzung von Globalbudgets eine entsprechende Leistungsvereinbarung gehört. Ich möchte auch erwähnen, entgegen den Darstellungen in gewissen zürcherischen Zeitungen, dass Globalbudgets auch auf kommunaler Ebene nach wie vor im Trend liegen. Die Debatten im Rat haben gezeigt, dass es notwendig ist, auch über die Leistungen zu diskutieren. Es geht nämlich darum, nicht über den Input, das heisst über die entsprechende Bereitstellung der Finanzmittel zu steuern, sondern es geht darum, was für Dienstleistungen soll die Gemeinde erbringen. Daraus ergibt sich das notwendige Budget. Ich bin froh, dass mindestens gewisse zeitliche Ziele formuliert worden sind und ich bin gespannt auf die Umsetzung. Selbstverständlich kann das nicht von heute auf morgen eingeführt werden.

Siegfried Siegrist: Auch ich finde das Legislaturprogramm gut, aber bezüglich Bildung wird lediglich auf das neue Bildungsgesetz hingewiesen. Die Resultate der internationalen Studie Pisa haben mich persönlich erschreckt. Der Ruf der Prattler Schulen ist nicht überall sehr gut. Ich möchte deshalb den Gemeinderat bitten, dass er in Zukunft und im Rahmen der Möglichkeiten darauf hinwirkt, die Qualität in den Prattler Schulen wieder zu verbessern.

Christine von Arx: Ich finde das Legislaturprogramm gut aber mir fehlen darin die Visionen. Bezüglich den Bereichen der Planung und des öffentlichen Verkehrs ist mir die Richtung nicht ganz klar. Werden wir ein Einkaufszentrum oder bleiben wir eine Wohn- und Industriegemeinde? Gerade in der Planung wäre es wichtig, dass sich der Gemeinderat überlegt, wie er die Einwohnerschaft in den Meinungsbildungsprozess einbeziehen will. Ich bitte den Gemeinderat, bei einem nächsten Legislaturprogramm etwas mutiger zu sein und auch Visionen zu entwickeln.

GP Willy Schneider: Wie steht der ganze Gemeinderat hinter diesen Legislaturzielen? Ich glaube, es sind keine Ziele formuliert, bei denen der Gemeinderat nicht voll dahinter stehen kann. Aber wenn wir an die Prioritäten denken, dann merken wohl alle, dass alles im Legislaturprogramm erwähnte allein aufgrund der Finanzen nicht realisierbar ist. Es wurden auch Ziele formuliert, obwohl die Chance einer Verwirklichung in der laufenden oder nächsten Legislaturperiode nicht gegeben ist. Das heisst aber nicht, dass nicht auch längerfristige Ziele formuliert werden können. Als Beispiel möchte ich die Tagesschule erwähnen, welche wohl kaum innerhalb von zwei Jahren realisiert werden kann. Trotzdem darf das ein Ziel der Schule und des Departementchefs im Legislaturprogramm sein.

GR Denise Stöckli: Auf Seite 11 steht ganz klar, dass die Quartierstrassen nicht nur der Fortbewegung dienen, sondern sind auch Lebens- und Begegnungsraum. Priorität soll die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer haben. Weiter steht auch, dass zur Attraktivitätssteigerung der Wohngebiete die Temporeduktion eine Möglichkeit sein soll. Das heisst, dass man eventuell Tempo 30 einführen kann. Immerhin sind wir die erste Gemeinde im Baselbiet, die bereits drei Tempo 30 Zonen hat. Am allerliebsten ist mir, wenn die Wohnbevölkerung selber mithilft in der Gestaltung ihrer Quartiere und entsprechende Vorstösse unternimmt, sei es im Einwohnerrat oder mittels Initiative.

Bezüglich der Integrationsziele ist in der Gemeindeordnung der Satz zu lesen: *„Die Einwohnergemeinde strebt eine Ordnung an, die allen Einwohnerinnen und Einwohnern ein Zusammenleben als freie und gleichberechtigte Menschen in gegen*

seitiger Toleranz und Achtung ermöglicht“. Wenn diese grosse Zielsetzung in Pratteln umgesetzt ist, dann sind wir ganz weit und ich würde mich sehr freuen. Die Integrationskommission (ehemals Ausländerkommission) ist erst im „Anlaufen“ und sie wird sich künftig sicher mit Integrationszielen befassen.

Der alte Friedhof wurde erwähnt. Ich hätte es gerne, wenn wir aus dem alten Friedhof einen schönen begehbaren Garten mit Spielplatz realisieren könnten, wo sich die Leute erholen können. Leider ist dies aus finanziellen Gründen zur Zeit nicht möglich. Aber wenn ein Vorstoss im Einwohnerrat kommen würde, bin ich froh, wenn ich die entsprechende Unterstützung spüre.

GR Max Hippenmeyer: Stellvertretend für meine Kolleginnen und Kollegen möchte ich mich für das erhaltene Lob bedanken. Es tut gut, wenn man auch positive Feedbacks erhält.

Seite 14: Dort kann man lesen, wie wir die Schulden abbauen wollen. So sollen durch Überschüsse im Rechnungsabschluss Mittel zur Rückzahlung von Schulden freigesetzt werden. Selbstverständlich heisst auch mein Ziel „Schulden Null“. Aber wir haben hier ein Legislaturprogramm von 2000 – 2004 und nicht bis in das Jahr 2020. Ich denke, dass wir mit den 15 Prozent bis Ende Legislaturperiode ein gutes Stück vorwärts gekommen sind. Insbesondere wenn ich mir die letzte Budgetdebatte vor Augen führe, ist das ein realistisches Ziel. Langfristig bin ich mit Heinz Schiltknecht einverstanden.

Globalbudget: Es ist ganz klar, dass es kein Globalbudget ohne Leistungsvereinbarung geben wird. Es ist auch nicht die Absicht, dass die ganze Gemeinde mit einem Globalbudget ausgestattet wird. Ich bin zufrieden, wenn wir bis Ende Legislatur in einzelnen Bereichen wie Öffentliche Sicherheit, Werkhof oder Tagesheim das Globalbudget einführen können. Wenn es sich bewährt, werden wir damit weiterfahren. Falls es sich nicht bewähren sollte, dann bin ich der erste, der die Übung „abbrechen“ wird.

Das Legislaturprogramm sollte nicht mit dem Leitbild verwechselt werden. Das Anliegen von Frau von Arx gehört wahrscheinlich eher in ein Leitbild, welches zu einem späteren Zeitpunkt vom Gemeinderat in Angriff genommen werden wird.

GR Rolf Wehrli: Zur Teilprivatisierung: Das Thema ist bereits in Zusammenhang mit der GGA hier erläutert worden. Im Legislaturprogramm wird auf Seite 9 klar formuliert: *„Deshalb werden keine hoheitlichen Aufgaben aus der Verwaltungsorganisation herausgelöst und verselbständigt*“. Ich gebe zu, dass der Begriff „Teilprivatisierung“ etwas auslöst und wir deshalb auch sehr sensibel und moderat vorgehen müssen. Der Einwohnerrat hat uns anlässlich der Budgetdebatte beauftragt, eine Vorlage mit den entsprechenden Unterlagen auszuarbeiten, welche es uns ermöglicht weiterzukommen und mit der übrigen Wirtschaft Schritt zu halten. Es ist die Aufgabe des Gemeinderates, dass er diese Bereiche überprüft und allenfalls organisatorische Änderungen vornehmen kann. Das heisst nicht, dass das Bestehende nicht gut ist, aber wir möchten auch in die Zukunft blicken. Bezüglich Visionen müssen wir in Pratteln bei den kleinen Zielen vorwärts kommen, bevor wir über riesengrosse Ziele diskutieren. Pratteln wird weder eine Einkaufsgemeinde, noch eine Wohngemeinde oder eine Erlebnismgemeinde. Pratteln ist alles zusammen schon immer gewesen und ich bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam in die richtige Richtung steuern.

GR Beat Stingelin: Zur Begabungsförderung: Wir haben viele Kinder mit Defiziten, aber wir haben auch Kinder, die überdurchschnittlich intelligent sind. Zur Zeit sind das zwei Kinder, wo wir gemeinsam mit dem Kanton die Förderung organisieren. Auf diesem Gebiet wollen wir uns beteiligen, weil viel getan wird für Kinder mit Defiziten, aber noch zuwenig für die überdurchschnittlich begabten Kinder. Zum Tagesschulangebot: Ich möchte im Budget 2003 mit dieser Projektgruppe starten. Dabei sollen auch die angesprochenen Blockzeiten behandelt werden.

Zur Qualität unserer Schulen: Ich bin auch erschrocken über die geschilderten Vorkommnisse in deutschen Schulen. Ich möchte aber betonen, dass die Qualität in den Prattler Schulen nicht so schlecht ist, wie sie immer dargestellt wird. Ich erinnere daran, dass das Erli mit dem Internet-Projekt fortschrittliche Wege geht und die Schülerinnen und Schüler den anderen zur Zeit einen Schritt voraus sind. Bezüglich Kultur und Sport (Ziffer 1.2.6): In Kultur und Sport wird immer „geschliffen“. Es wird jedoch schwierig sein und bezüglich der angesprochenen Fussballfelder im Dorf ist zu sagen, dass wir mit der Hexmatt und der Jugendhausmatte solche haben. Auch beim alten Friedhof hätten wir die Möglichkeit, so etwas zu machen. Das bedingt eine sorgfältige Prüfung und es gilt auch zu beachten, dass dort alte, gewachsene Bäume stehen. Sie können sich ja vorstellen was passiert, wenn man wegen eines Sport- oder Spielplatzes diese alten Bäume fällen müsste. Ich mache Heinz Schiltknecht noch darauf aufmerksam, dass das Legislaturprogramm 19 Seiten hat und nicht wie von ihm behauptet 30 Seiten. Ich finde diese Übertreibung nicht gut.

GP Willy Schneider: Ich möchte mich ebenfalls dafür bedanken, dass Sie das erste Legislaturprogramm so wohlwollend zur Kenntnis nehmen. Ich glaube auch, dass alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte sich im klaren sind, dass sie die Hauptverantwortung tragen bei der Umsetzung der Ziele und nichts davon realisiert werden kann, ohne dass sie die entsprechende Zustimmung erteilen.

Rös Graf: Was ist mit der Errichtung des Musikpavillons und der Freiluftbühne gemeint ?

GP Willy Schneider: Wir haben gehört, dass der Zivilschutz plant, einen solchen kleinen Musikpavillon im Jörinpark zu erstellen. Mehr als eine Idee ist das noch nicht und wir werden versuchen, „den Vater dieser Idee“ zu eruiieren. Es handelt sich sicher nicht um einen Millionenbau.

// Der Einwohnerrat nimmt das Legislaturprogramm 2000 – 2004 zur Kenntnis.

Fragestunde

Frage von Petra Ramseier betreffend Beteiligung des Gemeinderates an der Wettbewerbsausschreibung „Erlebnisraum Pratteln-Augst

Fragebeantwortung durch **GP Willy Schneider:** Bei der Behandlung der Interpellation „Planung Pratteln Nord sistiert“ konnten die meisten Fragen bereits beantwortet werden. Tatsache ist, dass der Gemeinderat bis jetzt noch nicht aktiv beigezogen worden ist. Dies wird ab April 2002 der Fall sein. Als wir damals der Sistierung zugestimmt haben, haben wir lediglich Bedingungen gestellt bezüglich der Mitwirkung. Man hat von vier Phasen gesprochen und die Gemeinde hat ausdrücklich betont, dass sie die Möglichkeit haben muss, die Anliegen und Vorstellungen aus kommunaler Sicht in das Wettbewerbsprogramm einfließen zu lassen. Die Gemeinde muss auch Gewähr dafür haben, dass ein politisch und wirtschaftlich tragfähiges Ergebnis erwartet werden darf. Bezüglich Zielvorgaben Naturschutz wurden in der Planungskommission die minimalen Flächen definiert, welche für den Naturschutz ausgeschieden werden sollten.

Der Gemeinderat wird seine Vorstellungen sicher einbringen, sobald die entsprechenden Kommissionen geschaffen sind.

Petra Ramseier stellt eine Zusatzfrage: Warum baut der Gemeinderat nicht eine eigene Vision auf und stellt diese den Ideen des Kantons gegenüber ? Man nimmt das an, was vom Kanton kommt und ändert vielleicht etwas daran. Es fehlt die Grundlage eines Vergleichs.

GP Willy Schneider: Der Kanton ist bereit 1,8 Millionen Franken für die Planung zu investieren. Dabei werden namhafte und ausgewiesene Fachleuten beigezogen, die neue Ideen einbringen können. Der Gemeinderat hat selbstverständlich auch Ideen, wie das Gebiet relativ konventionell überbaut werden könnte. Wir können in der weiteren Planungsphase, gemeinsam mit Ihnen, sehr wohl entscheiden, was für Pratteln das Richtige ist.

Geschäft Nr. 2181 Bericht der GPK zum Amtsbericht 2000

Aktenhinweis

- Amtsbericht 2000
- Bericht der GPK zum Amtsbericht 2000 vom 8. Januar 2002

GPK-Präsident Kurt Lanz: Die GPK möchte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und des Aussendienstes für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit danken. Wie bereits letztes Jahr hat der Gemeinderat die gestellten Fragen innert nützlicher Frist schriftlich beantwortet. Im GPK-Bericht sind nicht alle Fragen und Antworten aufgeführt. Wir haben die Fragen aufgeführt, welche für Sie von einem gewissen Interesse sein könnten. Im Legislaturprogramm wird ausgeführt, dass der Amtsbericht verändert erscheinen soll. Weil der Amtsbericht über die Amtsführung der einzelnen Departemente Auskunft gibt, ist die GPK natürlich interessiert daran, dass der Bericht nicht geschmälert wird und die GPK und der Einwohnerrat auch in Zukunft die Möglichkeit haben müssen, über die verschiedenen Tätigkeiten ausführlich informiert zu sein. Die Integration des Wasserberichts in den Amtsbericht konnte nicht realisiert werden. Das soll im nächsten Jahr wieder der Fall sein. Für weitere Fragen stehe ich Ihnen und der Gemeinderat zur Verfügung.

Walter Biegger: Der Bericht der GPK ist sehr aufschlussreich und auch der Kommentar der Kommission findet grösstenteils die Zustimmung unserer Fraktion. Erschreckt hat uns insbesondere die Höhe der Krankenkassenprämienausstände mit rund 450'000 Franken. Das von Personen, die nicht von der Fürsorge unterstützt werden. Das ist sehr bedenklich und es müssen Mittel und Wege für eine Verbesserung dieser Situation gesucht werden. Im Namen unserer Fraktion danke ich der GPK, dem Gemeinderat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit und bitte Sie, den Anträgen der GPK zu zustimmen.

Christine von Arx: Die SP-Fraktion kann den Anträgen der GPK zustimmen. Bei der Freiwilligen-Arbeit kann man lesen, dass die GPK der Meinung ist, dass auch der Bereich Politik bei den Auszeichnungen berücksichtigt werden soll. Was ist genau damit gemeint und wie sieht ein allfälliges „Anforderungsprofil“ aus ? Wer soll diese Person auswählen und welche Gruppe ist qualifiziert um sagen zu können, wer den Preis überhaupt erhalten soll ? Bezüglich der Krankenkassenprämienausstände möchten ich wissen, von wo die 50 Stellenprozente bezahlt werden. Im weiteren möchte ich die GPK bitten, sich auch mit der EDV auseinander zu setzen und es würde mich interessieren, was der Begriff „Super-user“ bedeutet und was deren Aufgabe ist.

Alexander Martin: Mir ist in der Statistik der Fürsorgebehörde aufgefallen, dass etwa 500'000 Franken mehr ausgegeben wurden als in den Vorjahren. Insbesondere ist mir der Bereich „Diverses“ mit etwa 352 Prozent Mehrausgaben, bei den Ausländern sogar mit 1243 Prozent, ins „Auge gestochen“. Was ist der Grund für diese Mehrausgaben ?

GPK-Präsident Kurt Lanz: Grundsätzlich ist die Idee der GPK, dass auch Leute für eine Ehrung vorgeschlagen werden können, die sich in der Politik verdient gemacht haben.

GR Elisabeth Schiltknecht: Es ist nicht eruierbar, warum genau diese Mehrkosten entstanden sind. Die Ausgaben der Fürsorgebehörde stehen immer in Abhängigkeit mit den laufenden Fällen, wie zum Beispiel mehr Platzierungen oder mehr Leute mit zu wenig Einkommen. Es ist zu berücksichtigen, dass eine Platzierung von Kindern eine sehr teure Angelegenheit werden kann, insbesondere wenn spezielle Nebenkosten anfallen. Beim Posten „Diverses“ wird alles verbucht, was nicht eindeutig und klar einer anderen Kategorie zugeordnet werden kann. Im weiteren hatten wir im Sekretariat einen personellen Wechsel, was zur Folge hatte, dass die Zuordnung nicht nach dem gleichen Schlüssel gemacht worden ist.

GP Willy Schneider: Die zwei „Super-user“ sind Mitarbeiter der Verwaltung und sind entsprechend dafür ausgebildet worden. Auf Seite 13 des Amtsberichts wird ihre Aufgabe klar beschrieben.

GR Max Hippenmeyer: Bei der 50-Prozentstelle handelt es sich um ein befristetes Anstellungsverhältnis und der Lohn wird bei den Personalkosten verbucht.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

- //.
1. Das Geschäft Nr. 2036, Postulat von Heinz Schiltknecht betreffend „Adt-ranz – Taten statt Wort“, wird abgeschrieben.
 2. Der Amtsbericht 2000 des Gemeinderates wird genehmigt.

Geschäft Nr. 2167 Interpellation von Walter Biegger be-treffend Parkplatzbewirtschaftung

Aktenhinweis

- Interpellation von Walter Biegger betreffend Parkplatzbewirtschaftung vom 21. September 2001

GR Denise Stöckli: Grundsätzlich möchte ich sagen, dass sich der Gemeinderat über die Bedeutung des örtlichen Gewerbes sehr wohl bewusst ist. Das bedeutet eine Attraktivitätssteigerung, bringt Leben in das Dorf und schafft Arbeitsplätze. Ich finde es schade, dass sich immer weniger Handwerker und Betriebe im Dorf befinden.

Zur Frage 2 und 3: Seit 1974 gibt es in Pratteln eine Parkraumbewirtschaftung. Die neuen Parkimeter wurden in einer ersten Etappe als Ersatz für die alten, stö

rungsanfälligen mechanischen Einzelparkuhren aus dem Jahre 1974 installiert. Mit der Gestaltung des Ochsenareals sind 29 bewirtschaftete Parkplätze weggefallen. Ein paar wenige sind übrig geblieben. Dazu gekommen sind nur die Parkplätze hinter dem Museum und an der Burggartenstrasse. Man hat diese Parkingmeter installiert, weil vor allem hinter dem Museum keine Rotation stattgefunden hat und immer die gleichen Autos abgestellt wurden. Gegen die zweite Etappe, welche als Ergänzung zur ersten Etappe gedacht war, hat der Gewerbeverein Beschwerde erhoben. Wie will man dem Gewerbe an der Burggartenstrasse oder dem „Beizer“ des Salmen erklären, warum gerade vor seinem Geschäft die Parkplätze bewirtschaftet und diese im Dorf nicht bewirtschaftet werden. Mit Recht könnten diese auf eine Gleichbehandlung pochen. Wir haben doch keine „Vetterliwirtschaft“ in Pratteln.

Frage 4: Selbstverständlich kann man alle Parkuhren entsprechend umstellen und die erste Viertelstunde oder Halbstunde gratis machen. Man kann auch alle Parkuhren wieder entfernen. Die Umstellung der bestehenden 12 Parkuhren durch einen Spezialisten würde 5000 Franken kosten. Bei der Gratiszeit besteht die Möglichkeit, dass mittels Knopfdruck immer wieder der gleiche gratis parkieren kann. Der Stadtrat von Liestal hat ein neues Reglement erlassen und will das Gratisparkieren wieder abschaffen. Auch die BPK möchte nicht mehr an der Gratisparkingzeit festhalten.

Frage 5 und 6: Der Gemeinderat hat ein neues Reglement erlassen, das zur Vorprüfung an den Kanton geschickt wurde. Nach dieser Vorprüfung wäre eine sorgfältige Vorberatung in der Verkehrsplanungskommission (wo auch der Gewerbeverein vertreten ist) sinnvoll. Danach soll das Reglement im Einwohnerrat traktandiert werden. Das ist der Moment, um Ideen und Vorstellungen von Seiten des Einwohnerrates bezüglich der Parkraumbewirtschaftung in Pratteln vorzubringen. Bezüglich der Bewirtschaftung der Sandgruben-Parkplätze ist das Postulat von Stefan Löw noch hängig. Wir wollen bis zur Fertigstellung der Sandgruben abwarten. In der Zwischenzeit wurde dort eine Neueinteilung der Parkplätze und eine neue Verkehrsführung realisiert. Ein weiterer Schritt ist die Vereinbarung mit der Firma Rohner, welche die Entschädigung für die Benützung des Hartplatzes auf der Hexmatt regelt.

Die Kontrolle des ruhenden Verkehrs kostet Geld. Die Gemeinde ist berechtigt, für diese Tätigkeit Geld einzunehmen, wenn die Rechtsgrundlage dafür geschaffen ist. Eine persönliche Anmerkung: Wenn Pratteln eine Zentrumsfunktion einnehmen und grosse Projekte verwirklichen will, dann darf man die Kehrseite der Medaille, nämlich die Nebenwirkungen, nicht ausser acht lassen. Es gilt, die zunehmenden Probleme mit dem ruhenden und rollenden Verkehr anzupacken.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr Diskussion.

Walter Biegger: Ich danke für die Antwort von Frau Denise Stöckli, welche mich aber nicht ganz befriedigt. Für mich ist es ganz klar eine Missachtung des einwohnerrätlichen Entscheides, dass der Gemeinderat weitere Strassenzüge mit den Parkuhren ausgerüstet hat. Die Umsetzung ist vom Einwohnerrat mit 18 : 12 Stimmen verworfen worden. Der Gemeinderat ist offenbar nicht bereit, für die Kurzparkierer eine Gratiszeit einzuführen. Es muss doch möglich sein, dass man, wie bei den Grosseinkaufszentren, für eine kurze Zeit gratis parkieren kann. Wenn das in Basel möglich ist, sollte das auch bei uns in Pratteln möglich sein.

GR Denise Stöckli: Ich gebe zu bedenken, dass die Kundschaft der grossen Zentren nicht die gleiche ist, wie die Kundschaft im Dorf. Bezüglich Gratisparkzeit bitte ich Walter Biegger, sich bei der Stadt Liestal über die gemachten Erfahrungen zu erkundigen.

Philipp Schoch: Ich will darauf hinweisen, dass man mit dem Velo überall gratis parkieren kann!

Geschäft Nr. 2175

Antrag von Stephan Ackermann und Urs Hess für die Bildung einer Spezialkommission „Wirtschaftliche Entwicklung“

Aktenhinweis

- Antrag von Stephan Ackermann und Urs Hess für die Bildung einer Spezialkommission „Wirtschaftliche Entwicklung“ vom 26. November 2001

GR Max Hippenmeyer: Obschon dieser Antrag eigentlich ein internes Geschäft des Einwohnerrates ist, möchte ich Ihnen die Meinung des Gemeinderates trotzdem mitteilen:

Grundsätzlich handelt es sich beim Auftrag an diese Kommission "sich mit der wirtschaftlichen Weiterentwicklung der Gemeinde Pratteln auseinanderzusetzen" um eine Exekutivaufgabe. Wenn der Einwohnerrat das Gefühl hat, der Gemeinderat nehme diese Aufgabe nicht oder unvollständig wahr, ist eine Motion oder ein Postulat verbunden mit einem konkreten Auftrag das richtige Mittel.

Hat diese zu bildende Kommission weder Mittel noch Kompetenzen, ausser eine Grundsatzdebatte auszulösen. Das kann man auch billiger haben, denn eine einzige Kommissionssitzung würde gut und gerne schon 600 Franken an Sitzungsgeld kosten. Ohne Beizug von externen Fachleuten oder Spezialisten schaut da wahrscheinlich wenig heraus.

Wir haben eine Bau- und Planungskommission, der man ohne weiteres einen Auftrag in dieser Richtung geben könnte. Die Frage sei erlaubt, ob mit dieser Spezialkommission die Bedeutung Ihrer ständigen Kommission nicht abgewertet würde. Es ist zu überlegen, ob da die Kapazitäten von Milizpolitikern nicht überschätzt werden. Immerhin kommen bald der Lohnteil des Personalreglements und das neue Strassenbeitragsreglement in den Rat, beides Geschäfte die wahrscheinlich eine Kommissionsberatung nach sich ziehen. Ausserdem ist ein Reglement über die Globalbudgetierung in der Pipeline. Auch das dürfte zuerst durch eine Kommission gehen.

Eine Spezialkommission wird nach der Erledigung des ihr zugewiesenen Geschäfts aufgelöst. Da die wirtschaftliche Entwicklung nach Ansicht des Gemeinderates jedoch eine Daueraufgabe ist, hätte diese Spezialkommission den Charakter einer ständigen Kommission. Dazu braucht es jedoch eine entsprechende Änderung des Geschäftsreglements.

Verzichten Sie deshalb auf eine Spezialkommission und lassen Sie ihre vorgesehenen Aufgaben dort, wo sie auch hingehören. Nämlich bei der Exekutive.

Urs Hess: Es geht darum, eine Kommission zu schaffen, die sich mit Themen auseinandersetzen kann, welche immer wieder zu grossen Diskussionen im Einwohnerrat geführt haben. In der Diskussion bei den Quartierplänen ist immer wieder die Rede von Verkehr, Nutzen für die Gemeinde und der Lebensqualität im Dorf. Stephan Ackermann und ich sind zur Auffassung gelangt, dass eine solche Kommission aus allen Fraktionen gebildet werden sollte um genau diese Themen auf einer vertrauensbildenden Basis zu diskutieren.

Dieter Stohler: Die FDP-Fraktion empfiehlt Ihnen einstimmig, den Antrag abzulehnen. Im Geschäftsreglement steht unter Ziff. 3.3.1.1.1: „Geschäfte des Gemeinderates kann der Rat an eine ständige oder an eine Spezialkommission zur Vorbera

tung überweisen“. Unter 3.3.3.1.1 steht: „Zur Vorberatung von Vorlagen und Geschäften, die nicht in den Bereich der ständigen Kommissionen fallen, kann der Rat Spezialkommissionen bestellen“. Für die verlangte Kommission, welche einen formellen Charakter haben soll, gibt es somit keine rechtliche Zulässigkeit. Man kann keine „de facto“ ständige Kommission bilden. Voraussetzung wäre eine Änderung der Gemeindeordnung respektive des Geschäftsreglements des Einwohnerrates. Der Auftrag der Kommission ist völlig unklar und man kann „immer dieselben Diskussionen“ damit nicht verhindern. Bei jedem neuen und individuellen Quartierplan geht es doch um ein Abwägen der Themen Verkehr, Lebensqualität, Umwelteinflüsse, Nutzen für die Gemeinde und der Kosten. Das ist der politische Handlungsspielraum, welche uns eine solche Kommission nicht abnehmen kann. Schon gar nicht bei einer Grundsatzdebatte. Wenn Quartierpläne nach dem „Schema F“ abgehandelt werden könnten, dann bräuchte es gar keinen Einwohnerrat mehr und man könnte das Ganze abkürzen. Soweit sind wir leider noch nicht.

Es ist Sache des Gemeinderates Anträge, Konzepte, Vorlagen und Reglementsentwürfe vorzulegen. Das ist nicht Sache des Einwohnerrates und schon gar nicht einer Kommission. Die Bildung einer solchen Kommission ist ordnungspolitisch falsch und das Kosten – Nutzenverhältnis wäre sehr schlecht.

Ruedi Brassel: Es ist eine Tatsache, dass wir in letzter Zeit verschiedentlich Grundsatzdiskussionen geführt haben. Das Planungsinstrument „Planung Pratteln Nord“, welches für einen grösseren Rahmen vorgesehen wäre ist noch nicht in dem Mass vorgelegen, wie wir uns das vorgestellt haben. Die Diskussion gehört in den Rahmen der Planungsinstrumente, die wir in Auftrag gegeben haben und wo Geschäfte bestehen. Wir sind für die Planungsvorgaben verantwortlich, aber wir sind nicht zuständig für eine Wirtschaftsplanung. Eine solche Kommission hätte keine Kompetenzen und wird uns bei der Beratung der einzelnen Geschäfte die nötigen Diskussionen gar nicht ersparen können. Für die Meinungsbildung muss immer wieder von Neuem ein Anlauf genommen werden. Planungsvorhaben müssen in der Bau- und Planungskommission sehr fundiert behandelt werden. Allenfalls ist bei einzelnen grösseren Vorhaben diese Kommission zu erweitern. Dort ist es wichtig, dass bei gesamtplanerischen Vorstellungen alle Parteien ad-hoc miteinbezogen werden. Die SP-Fraktion kann, trotz Sympathien für diese Grundsatzdiskussion, die Zustimmung für die Bildung dieser Kommission nicht geben.

Heinz Schiltknecht: Der Einwohnerrat hat selbstverständlich die Möglichkeit, das Geschäftsreglement des Einwohnerrates zu ändern und auch Kompetenzen an andere, respektive an eine Kommission zu delegieren. Falls eine Kommission gebildet würde hat er auch die Kompetenz, die nötigen finanziellen Mittel zu sprechen. Der Vorstoss aber ist unglücklich formuliert und wir können dem so nicht zustimmen.

Stephan Ackermann: Es mag sein, dass es unglücklich formuliert ist, aber die Stossrichtung ist sicher richtig. Dass Dieter Stohler die Existenz des Einwohnerrates bedauert, das finde ich unheimlich unglücklich formuliert. Mir liegt die Weiterentwicklung von Pratteln sehr am Herzen und der Einwohnerrat darf nicht warten bis der Gemeinderat uns etwas präsentiert. Die Diskussion über Raurica Nova hat doch gezeigt, dass wir einen Ort schaffen müssen, wo wir gemeinsam und parteiübergreifend über die Zukunft von Pratteln diskutieren können.

Walter Biegger: Unsere Fraktion ist sich in dieser Frage nicht ganz einig. Nebst den rechtlichen Problemen ergeben sich beim einzelnen Planungsobjekt immer wieder neue Probleme. Und das trotz Grundsatzdiskussion. Wir gewinnen mit der Kommission nichts. Im Gegenteil. Der Gemeinderat wird in seiner Handlungsfreiheit beschnitten und gebremst. Meiner Meinung nach ist der Antrag ein „Schnellschuss“ und ich habe etwas Mühe mit der Allianz, die hier entstanden ist.

Urs Hess: Ich bin enttäuscht und erstaunt über das Verhalten des Rates gegenüber einem solchen Antrag. Wir sind der Auffassung, dass dies keine ständige Kommission geben soll. Die Kommission soll alle Parteien miteinbeziehen und zielgerichtet über die Zukunft von Pratteln diskutieren. Damit schaffen wir eine Kommission die agiert und nicht nur reagiert.

Philipp Schoch: Ich finde die Äusserung von Walter Biegger sehr schade. Wir sind nicht hier, um Gräben aufzureissen, sondern wir sind hier, um Gräben zu überwinden.

Petra Ramseier: Die Aussage von Herrn Biegger macht mich betroffen. Wir geben uns Mühe, Sachpolitik zu betreiben und nicht „parteigefärbte“ Voten abzugeben.

Rudolf Meury: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen weil es eine Aufgabe des Gemeinderates ist.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 18 : 11 Stimmen und 8 Enthaltungen:

././ Der Antrag für die Bildung einer Spezialkommission wird abgelehnt.

Verabschiedung von Elisabeth Maurer und Helmut Ruch

Mit Worten des Dankes und der Anerkennung verabschiedet Präsidentin Maya Wittwer die Einwohnerrätin Elisabeth Maurer und Einwohnerrat Helmut Ruch, die beide nach mehrjähriger und engagierter Ratstätigkeit zurücktreten. Beide Ratsmitglieder haben auf den traditionellen Mörser verzichtet und spenden den Gegenwert der Institution Schweizerische Krebsliga und dem Tagesmütterverein Pratteln – Augst. Herzlichen Dank !
Beide Ratsmitglieder werden mit einem herzlichen Applaus verabschiedet.

Schluss der Sitzung: 22.10 Uhr

Pratteln, 31. Januar 2002

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Die Präsidentin: Der Sekretär:

Maya Wittwer Bruno Helfenberger